

# Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden Nr. 1208, Raden & Comp.

Organ für das Volk

Schafft Munition! Kauft Freiheitsopfermarken!

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der

Bei Eintritt von Änderungen irgendwelcher Art, ist es durch eine Einschickung des Blattes, bei der Beilage der Dresdner Volkszeitung

Abonnement: monatlich 2,40 M., einjährig 24 M., Vierteljährig 12 M., halbjährig 18 M., vierteljährig 6 M., monatlich 1,20 M., auswärts 1,50 M., Porto und Zustellungsgebühren.

Redaktionsstelle: Wettinerplatz 10, Dresden Nr. 25 201. Telefon: 25 201. Telegrafische Anschrift: Dresdner Volkszeitung.

Druckerei: Die 30 mm breite Monopress-Druckerei 35 M., die 40 mm breite Reflamesse 2 M., für Auswärts 40 M., n. 1,50 M., abgibt. Verteilung laut Tarif. Familienabonnenten, Stellen- u. Mitgliedschaft 20 M., netto. Für Kleinverleger, 10 M., Einsätze, 10 M.

Nr. 153

Dresden, Sonnabend, den 2. Juli 1932

43. Jahrgang

## Die Barone gegen die Wahrheit

### Reichsgericht für Vorwärtsverbot

In der Angelegenheit des vom Reichsinnenminister angeforderten Verbots des Vorwärts hat der Senat des Reichsgerichts am 1. Juli unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Wünger folgenden Beschluß gefaßt:

Das Verbot des Vorwärts ist für zulässig erklärt, der Senat ist der Auffassung, daß die in Frage kommenden Artikel geeignet sind, den Reichspräsidenten und die Reichsregierung verächtlich zu machen, zudem aber auch lebenswichtige inner- und außenpolitische Interessen zu gefährden. Der Senat hält, zumal in der jetzigen Zeit, einen wirksamen Schutz dieser Interessen für unbedingt erforderlich.

Weber die Frage eines Verbots der königlichen Volkszeitung wird der Senat erst am kommenden Mittwoch entscheiden. Da bisher dem Vorwärts amtlich keine Meldung vom Verbot gemacht worden ist, erscheint er weiter.

Hitlerischen Volksberrats wird ungehemmt weitergehen!

Zu der Begründung, daß der Vorwärts lebenswichtige inner- und außenpolitische Interessen des Reichs gefährdet habe, sagen wir nur folgendes:

Wenn in der rechtsradikalen Presse die Reichsregierung offen zum Verfall und zum Bruch aufgefordert wird, wenn die rechtsradikale Presse zum Mord heft, wenn der Völkische Beobachter die Nationalsozialisten auffordert, die Polizeigewalt außer Kraft zu setzen und selber die Räder des Schicksals zu drehen, wenn der Mord heft erklärt, „gehenzt wird doch“ — dann gefährdet dies alles nicht lebenswichtige inner- und außenpolitische Interessen des Reichs!

Nach dieser Feststellung ist über das Wesen dieses Zeitungsverbotes kein Wort weiter zu verlieren. Die Herrschaften in der Reichsregierung stammen aus jenen Kreisen, die im Krieg die Verantwortung getragen haben für das Unglück Deutschlands. Sie werden selbstverständlich das, was sie während des Krieges getan haben, als recht vorbildlich ansehen, und so werden sie es nicht als Verächtlichmachung ansehen dürfen, wenn wir feststellen, daß ihre Pressepolitik in die Bahnen der Kriegspressepolitik hineinführt.

Sie mögen sich darüber im Klaren sein, daß mit solchen Methoden ihr Fiasko am 31. Juli nicht aufhalten, sondern nur noch verstärkt werden wird!

### Das Ausland schüttelt den Kopf!

Berlin, 2. Juli. (Fig. Junkspruch.) Das Verbot des Vorwärts hat in der Welt ein großes Echo hervorgerufen. Der Daily Herald, das Organ der britischen Arbeiterpartei, sagt auch Biemarck habe versucht, die deutsche Sozialdemokratie niederzuwerfen; es sei gescheitert. Was er nicht vermocht habe, das würden seine Nachahmer von heute kaum besser erreichen. Die Wochenschrift „Der Arbeiter“ von Deutschland würden schon merken, daß der Weg der Unterdrückung mit viel größeren Hindernissen besetzt ist, als der ihrer Vorbilder in gewissen anderen Ländern, denn die deutschen Klassen wählten, was Organisation heißt und befehlen einen unvergleichlichen Sinn für Disziplin.

In der belgischen Presse findet das Verbot des Vorwärts und der belgischen Volkszeitung die schärfste Kritik. Der sozialistische „Peuple“ schreibt, die Achtung der Pressefreiheit sei wohl die allerletzte Sorge der Regierung der Junker und Reichsregierung. Aber was solle man dazu sagen, daß die Reichsregierung sich gerade die führenden Organe der zwei größten politischen Parteien zum Opfer ihrer Gewaltmaßnahmen ausgesucht habe, die in der ganzen Welt als die wichtigsten, wenn nicht einzige Stütze des öffentlichen Friedens, der Verfassungsmethoden und der Ordnung in Deutschland betrachtet würden!

„Was ist das für eine Regierung, die auf die letzten aufbauenden und friedlichen Kräfte, die dem Lande noch verbleiben, wie ein Befehlshaber losläßt? Wohin wollen die Papen und Schlichter im Bündnis mit Hitler-Deutschland führen?“

Bamberger, der frühere belgische Außenminister, erklärte zu dem Verbot des Vorwärts, diese Maßnahme sei eine überaus ernste Sache. Sie führe Deutschland zurück zum Völkischen Zeitalter ernstester Kämpfe gegen die Sozialdemokratie. Das Verbot werde aber gerade das Gegenteil von dem erreichen, was die Regierung mit ihm beabsichtigt habe.

Der Neue Rotterdamer Courant betont, für die Erfüllung der Forderungen der Ragen ist auf dem Gebiet der inneren Politik zahllose von Papen und Junker sehr hohen Preis,

### Die Wahrheit wird siegen!

Herr v. Kahl hat für seine Verbotsdrohung gegen den Vorwärts die Assistenten des 4. Strafsenats des Reichsgerichts gefunden. Die Entscheidung dieses Senats steht in striktem Widerspruch zur bisherigen Judikatur des Reichsgerichts.

Worin soll die Verächtlichmachung, die Verächtlichmachung lebenswichtiger inner- und außenpolitischer Interessen bestehen, warum soll der Vorwärts verboten werden? Weil er auf den Zusammenhang zwischen der neuen Hitler-Uniform und der Rotverordnung vom 14. Juni hingewiesen hat, die das arbeitende Volk mit 14 Milliarden Mark belasten. Weil er den politischen Zusammenhang zwischen dem Kabinett Papen und der Hitler-Partei bloßgestellt hat. Das nennt das Reichsgericht lebenswichtige inner- und außenpolitische Interessen des Reichs gefährden!

Die Wahrheit läßt sich nicht unterdrücken, und die Wahrheit ist, daß Hitler die Reichsregierung v. Schleicher-Papen nicht nur toleriert, sondern ausdrücklich billigt.

Die Wahrheit ist, daß um den Preis der Aufhebung des Uniformverbots Hitler die Hungerverordnung dieser Regierung toleriert.

Die Wahrheit ist, daß in der nationalsozialistischen Propaganda kein Wort gegen die Regierung des Hungerrichtats fallen darf.

Die Wahrheit ist, daß die Hitler-Propaganda frech die Verantwortlichkeit Hitlers für die Regierung des Hungerrichtats und für die Hitler-Rotverordnung vom 14. Juni aufzulagern versucht.

Die Wahrheit ist, daß der innere politische Zusammenhang zwischen den Rotverordnungen der Hitlerischen SA und der Hitler-Rotverordnung nun schon fest im Bewußtsein des Volkes liegt, und daß er durch nichts, auch durch kein Zeitungsverbot mehr verdrängt werden kann!

Mag auch die Meute der rechtsradikalen Sektpresse noch so sehr toben und den Reichsinnenminister zu weiteren Verbotsmaßnahmen angreifen, die Brandmarke des

## Letzter Vorschlag in Lausanne

T. Lausanne, 1. Juli. (Fig. Draht.)

Der Reparationsauschuß der Lausanner Konferenz mußte sich am Freitag auf rein formale und technische Perorationen beschränken. Ohne Anteilnahme Deutschlands haben die Vertreter der fünf Gläubigerstaaten ein sogenanntes Rahmenwerk für die Schlichtung aufgestellt, aus dem die Grundfragen natürlich noch herausgelassen sind. Nach französischer Angabe wurde eine Einigung erzielt über die Modalitäten für eventuelle Schuldverschreibungen, die Zeit bestimmt für die Einzahlungen und die Realisierung von Kreditbonds.

Im Laufe des Nachmittags hat am Donnerstag und v. Papen eine längere Unterredung mit dem französischen und amerikanischen Delegierten über die entscheidenden Grundfragen des Reparationsproblems statt. Unmittelbar nach Ferris' Antritt wird am Sonnabend die auf 10 Uhr angesetzte Sitzung des Reparationsauschusses durch eine Unterredung zwischen v. Papen, Ferris und dem französischen Delegierten eingeleitet. Die genannten Grundfragen des Reparationsproblems sind

das Junkin (Verbindung) von Reparationen und Kriegsschulden (Sicherungsplan) sowie das Angebot einer tragbaren Lösung der Reparationen an Deutschland. Bisher wollen die Gläubiger Deutschlands nicht auf der Verpflichtung

entlassen, auch das Risiko für ihre Kriegsschulden an Amerika zu tragen. Ferris neuer Weg zur Lösung soll nun darin bestehen, dies Junkin abzulehnen, ohne Amerikas spätere Haltung zu einem Schuldenerlach vorwegzunehmen.

Von deutscher Seite wird erklärt, daß diese Vereitelung die Annahme einer Reparationsablösung wesentlich erleichtern werde. Durch eine eventuelle Ersetzung dieses Junkins würde die gesamte Ablosungslösung Deutschlands wesentlich geringer werden, doch liegt die Gefahr auf der Hand, daß die bisher für keine Reparationen genannten Leistungen höher bemessen werden. Deutschlands Rettung hat die weitere Gefahr zu gewärtigen, wiederum einem einseitigen Vorschlag gegenüberzutreten, dessen Ablehnung die Schuld für die Vertagung der Konferenz einbringen würde. Es wird in streifen der deutschen Delegation gar nicht mehr verhehelt, daß jede Zustimmung zu einer wie auch immer gearteten Ablösung der Reparationen wegen der überaus immensen politischen Belastung des Kabinetts für den Wahlkampf als unmöglich erscheine.

### Einig über Zahlung einer Schlussumme

P. Paris, 1. Juli. (Fig. Draht.) Herr v. Papen hat sich am Freitag nach dem Ministerrat bei einem Briefempfang folgendermaßen über den gegenwärtigen Stand der Lausanner Verhandlungen:

Wir sind mit den Engländern über zwei wesentliche Fragen vollkommen einig: über die Verbindung des Reparations- und des Schuldenproblems und über die Zahlung einer Schlussumme durch Deutschland. Alles dreht sich jetzt darum, ob Deutschland diese Regelung annehmen wird. Das Schicksal der Konferenz liegt in den Händen Deutschlands.

### Papen hat sich selbst Lügen gestraft

Der Pariser Temps meldet: Die Deutschen haben noch nicht endgültig das Prinzip der Zahlung einer Abschlußsumme angenommen, aber sie haben sie auch noch nicht abgelehnt. Sie leugnen ihre Verpflichtungen nicht ab, aber behaupten ständig, daß Deutschland nicht in der Lage sei, noch irgend etwas auf Reparationskonto zu zahlen. Diese These ist durch die Anrechnung Papens selbst Lügen gestraft worden, nach der Deutschland einen Beitrag zu einer allgemeinen Antirentung am dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas gegen die Anerkennung der Gleichberechtigung auf dem Gebiet der Abzahlungen leisten könnte. Wenn eine prinzipielle Einigung zwischen den Vertretern der fünf Gläubigerstaaten über die Zahlung einer Abschlußsumme erzielt ist, ist die Zeit noch keine mit den Deutschen zuzuhelfen gekommen, wenn die Bedingungen noch über die Zahlungsmöglichkeiten einer solchen Lösung.

Achtung, weitergeben!

Achtung, weitergeben!

Wie heißt es in dem gestern veröffentlichten Rundschreiben des Deutschen Herrenklubs?

Das neue Kabinett wird nicht nur von den Nazis toleriert, sondern hat die ausdrückliche Zustimmung des „Führers“!

Das Baronskabinett ist also ein Nazikabinett! Die Hungerverordnungen sind Hitlerverordnungen! Die NSDAP. ist zu feig, Farbe zu bekennen!